

# Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen  
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,  
Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung,  
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle  
zu richten.

Redaktionschluss:  
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.  
ohne Bestellgeld.  
Abonnements-Bestellungen nimmt jede  
Postanstalt entgegen.  
Bei Zusendung unter Kreuzband 1,20 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ  
gratis.

Nr. 13.

Köln, den 29. Juni 1912.

9. Jahrgang.

**Inhalt:** Der Berliner Ansturm abgeklagen. — Zur Neuordnung der Krankenkassen. — Unsere Freunde in Düsseldorf. — Seite was helfen mag. — Katholische Fachabteilungen und Tarifverträge. — Verchtigung. — Verbandsschriften. — Aus den Jahrbüchern. — Breslau. — Duisburg. — Wiegand. — Eidenburg. — Rumbach. — Christlicher Gewerkschaftsverband. — Der christliche Metallarbeiterverband. — Soziale Wahlen. — Sozial-wissenschaftlicher Ausbildungs-kursus. — Jawohl, wir wollen die Industrie schädigen. — Das sozialdemokratische Regergesicht. — Fachtechnisches. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Interim.

## Der „Berliner“ Ansturm abgeklagen.

Sie haben zu früh gejubelt!

Ein Rückblick.

Es war gut eingefädelt, was die Herren von „Sitz Berlin“ vorhatten. Diesmal sollte es ein Hauptschlag, ein Schlag der Vernichtung gegen die christlichen Gewerkschaften sein. Jetzt oder nie! Im eigenen Verbands- und Fachabteilungsgebäude hieß der Sturm. Es krachte im Grimland, im Saarrevier, im Siegerland und sogar in Berlin und im schlesischen Ausbreitungsgebiet. Immer weiter greift die Erkenntnis, daß mit dem „Berliner System“ in Deutschland keine opferfreudige und hoffnungsvolle Arbeiterbewegung möglich ist. Seit Jahren ist die innere Verfassung von „Sitz Berlin“, Stagnation und Rückgang in der Mitgliedschaft der Arbeitervereine, sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben der Kasseneinrichtungen, maulwurfsartige Flücht aus den katholischen Fachabteilungen. Unter solchen Umständen mußte etwas ganz außerordentliches geschehen gegen die vom Verstand und Erfolg begünstigten Gegner, die christlichen Gewerkschaften nämlich. Die haben das unmöglich erscheinende ausgehalten, einen zehnjährigen Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug, geführt einerseits vom Verband „Sitz Berlin“, von den Sozialdemokraten andererseits. Keiner von beiden war bislang auf seine Rechnung gekommen, weder „Sitz Berlin“ noch die Kotten. Das Jünglein an der Wage der Beurteilung der christlichen Gewerkschaften an kirchlichen Stellen ging wohl zeitweise etwas unruhig hin und her. Aber endlich trat doch Ruhe ein. Diejenigen, auf die „Sitz Berlin“ gehofft, die deutschen Bischöfe, sind fast ausnahmslos zu der Erkenntnis gekommen, daß die katholischen Arbeiter Deutschlands mit dem „Berliner System“ in wirtschaftlicher Hinsicht zur Ohnmacht verurteilt und daher nicht zufrieden zu stellen sind. Die Sache war in Deutschland entschieden. Das wußte „Sitz Berlin“, und das war der große Schmerz seiner Drahtzieher. Darm mußte ein großer Trumpf ausgespielt werden. Das Spiel begann.

Erst erschien ein neues Buch: „Unwahrheiten über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken“ hätte man es betiteln können. Eine anonyme Schrift selbstverständlich, gezeichnet B. a. r. d. Das Buch wird ins Italienische überetzt und dem Papst überreicht. Als „Orientierung über die Lage der Dinge in Deutschland“. Das war der Anfang der Aktion. Es war im Herbst vorigen Jahre s. Draußen meldeten sich bereits die schwereren politischen Kämpfe an. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften hatten anderes zu tun, als den in Vopard zum so und so vielen Male zusammengetragenen und im vorliegenden Falle nur fruchtlos und infamer formulierten Verdächtigungen nachzugehen, zumal sie wußten, daß für „Sitz Berlin“ in Deutschland selbst nichts mehr zu holen war. Indessen schlichen sich Vertreter und Hintermänner über die Landesgrenzen direkt nach Rom. Und da streckten die Freunde all die Köpfe zusammen und tuschelten und muschelten und säbelten ein. Die Sache mußte diesmal klappen.

Pfarrer Vener-Berlin-Dichterfeld, erster geistlicher Beistand im Verbandsvorstande „Sitz Berlin“ überbrachte am 20. Mai dem Papst namens seines Verbandes eine „Sulidigungsadresse“. Ihr Wortlaut ist bekannt. Sie war so abgefaßt, daß sich damit etwas machen ließ, wenn es gelang, eine bestimmte Antwort darauf zu erlangen. Dann war nach Meinung der „Berliner“ Drahtzieher der Zweck der Uebung erreicht, die christlichen Gewerkschaften unten und „Sitz Berlin“ oben. Der Papst beantwortete diese Sulidigungsadresse richtig mit einer „Ansprache“. Heute wissen wir, daß die Freunde der „Berliner“ diese Ansprache selbst verfaßt haben. Auch bei der als ergänzende Aktion nebenher gehenden Ueberlieferung verschiedenartig lautender Telegramme an die Kartelltagungen der katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Ost- und Süddeutschland bezw. „Sitz Berlin“ haben die guten Freunde des „Berliner Verbandes“ ihre Hand im Spiele gehabt. So hatten sie die einzigartige „Belobigung“ für sich und „Ruhmung“ und „Verurteilung“ der anderen erwirkt. Der Spektakel konnte losgehen. Herr Pfarrer Vener gab auf dem Delegiertentag des Verbandes „Sitz Berlin“ mit großem Applaus und unter „ernewt lebhaftem“, „immer sich wiederholendem Beifall“ Kenntnis von der Antwort des Papstes auf die Sulidigungsadresse. Generalsekretär Vic. Journelle war so „tief ergriffen“, daß seine Kräfte wahrlich nicht instand waren, all das zum Ausdruck zu bringen was an Tauf im Herzen der „Berliner“ lebte usw.

Die Sache erschien „Sitz Berlin“ absolut klar. Der Augenblick erforderte zwar für sie in Deutschland gegenwärtige Zurückhaltung, den Lärm hatten die ausländischen Freunde zu besorgen, die denn auch flugs aus der privaten Ansprache des Papstes an Pfarrer Vener ein „Dekret vom 20. Mai“ machten. Die christlichen Gewerkschaften waren also „klipp und klar verurteilt“. Das glaubten die „Berliner“ erreicht zu haben.

Die sozialdemokratische Presse lugelte sich vor Freude. „Rom hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die Christen aber ist damit das Todesurteil gefällt... im Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht Verwirrung und Auflösung“ (Rhein. Ztg. Nr. 123) so gelte es landauf landab. Wahre Ergien an Ausbreitung der Bantafie wurden in den sozialdemokratischen Parteireduktionen gefeiert. Sie sahen hochwichtige christliche Gewerkschaftsführer mit schlottenden Knien herumgeitern — hei! das war eine Kirme. Nur dauerte sie nicht lange.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften war weder Verwirrung noch Auflösung. Der Vorstand des Gesamtverbandes erließ eine Erklärung — eine Proklamation voller Würde und Entschlossenheit, und von der gesamten Öffentlichkeit als solche begrüßt. Mehrere größere Verbände folgten hinterher. Das ging Schlag auf Schlag. Die gesamte katholische Presse — nicht ein einziges Blatt wagte es, sich offen und unabweisend zu „Sitz Berlin“ zu bekennen — stellte sich auf Seiten der verdächtigten und verleumdeten christlichen Gewerkschaften. Die katholischen Arbeitervereine, die zu ihnen hielten, machten ebenfalls mobil. Die geistlichen Leiter der großen Verbände nahmen in entschiedenster Weise Stellung gegen das verleumderische Vorgehen des „Berliner“ Verbandes und schickten Protestresolutionen an ihre zuständigen Bischöfe. Es war innerhalb Tage lang eine einzige und einmütige Ablehnung des unannehmlichen Verhaltens und der fortgesetzten Wühlerien der „Berliner“ in allen Variationen. Diese Tage, die als Sieges- und Jubeltage über ihre Feinde gedacht waren, haben „Sitz Berlin“ sicherlich bittere Stunden gebracht. Sundertfach wurden den Wächern dieses Verbandes die Ansamen, deren sie sich seit Jahren gegen ihre Glaubensbrüder schuldig gemacht haben, ins Angeficht geschleudert. Dazu kam, daß ihnen die neu ergatterten Krämpfe Stück um Stück aus den Händen gerissen wurden.

Der Lidore der römischen Kote, Dr. Seiner, gab zunächst unterm 6. Juni eine Erklärung ab, von der er verkehrte, daß sie Wort für Wort den Intentionen des Papstes entspräche. Darin sagt er unter anderem, daß jene Ansprache des Papstes an den Ueberbringer der Sulidigungsadresse (der Haupttrumpf) keinen authentischen Charakter habe und deshalb durchaus nicht in Frage komme oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. Das war der erste Schmerz für „Sitz Berlin“. Die christlichen Gewerkschaften, hieß es sinngemäß weiter, wären nicht verurteilt; man habe nur sagen wollen, daß sie, „da sie als Organisation von den katholischen Grundfragen und der kirchlichen Autorität abgesehen, eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden“. Die Presse beschäftigte sich lebhaft mit dieser Erklärung und gab einstimmig der Meinung Ausdruck, daß sie nicht genügen könne, um die durch die Nachenschaften des Verbandes „Sitz Berlin“ in weite Kreise des katholischen Volksteils hineingetragene Unruhe zu beheben. Unterm 8. Juni erfolgte eine weitere ausführliche Darlegung Dr. Seiners: „Erläuterungen und Richtigstellungen“ nannte er sie. Da hieß es: „Man hat beiden päpstlichen Kundgebungen eine zu große Tragweite und Bedeutung beigelegt oder einen Sinn unterlegt, den sie gar nicht haben.“ Kernpunkt dieser Erklärung Seiners war: Der Papst wolle die christlichen Gewerkschaften nicht verurteilen, wie dies ausdrücklich im „Osservatore Romano“ vom 24. Januar 1906 erklärt worden ist. Jene Kote, auf die sich Seiner hier bezieht, wies es beklühtlich zurück, daß „einige sich auf die Autorität des Papstes“ beriefen, „als ob derselbe die Fachabteilungen gelobt und ermutigt hätte auf Kosten der christlichen Gewerkschaften“, und erklärte gleichwohl Wohlwollen, Lob und Ermutigung für beide Organisationen. Auf diesem Standpunkte, so erklärte Seiner, stünde der apostolische Stuhl heute noch.

„Es ist keinerlei Veränderung in seiner bisherigen Stellung der Haltung zu den christlichen Gewerkschaften eingetreten.“ Und noch einmal wird scharf herausgehoben, daß jene Ansprache, die Pfarrer Vener als „Kundgebung des Papstes“ in die Welt hinausposaunt, gar keinen authentischen Charakter besitzt und deshalb durchaus nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. In anderen Worten, eine Aufforderung an „Sitz Berlin“, die geplante Agitation mit der „Ansprache“ einzustellen.

Diese Erklärungen des Dr. Seiner hat der apostolische Nuntius in München, Frühwirth, nachträglich als den Auffassungen des Papstes entsprechend anerkannt, und als sich gleich hinterher die „Germania“ herausnahm, zu bezweifeln, daß auch der zweiten Erklärung des Lidore Seiner Authentizität zukomme, ging der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Rom ein Telegramm zu, das auch dieser Finte der „Berliner“ den Boden entzog. Inzwischen nahm der Sturm in der Tagespresse seinen Fortgang, bis der Papst durch den Münchener Nuntius den Wunsch aussprechen ließ, „daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen“ sollten und den katholischen Arbeitervereinen Selbstbestimmtheit durch eine in Gildesheim zusammengetretene Bischofsversammlung mitgeteilt war, daß „die Gewerkschaftsangelegenheit in erste und wohlwollende Beratung genommen“ sei. Nachträglich teilte die Gildesheimer Zeitung weiter mit, daß der Standpunkt, den die „soziale Kommission der preussischen Bischöfe“ in einem Telegramm an die „die Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Führer“ eingenommen habe, geeignet sei, „Veruhigung im katholischen Lager zu schaffen und das Vertrauen auf eine baldige zufriedenstellende Entscheidung zu verfestigen.“

So steht die Sache zur Stunde.

Ein total anderer Ausgang wie ihn „Sitz Berlin“ vorausgesehen. Die Ansprache, der Haupttrumpf ist endgültig und unabweislich ausgeschaltet, das Telegramm an den Frankfurter Kongreß des Kartellver-

bandes in Tragweite und Wirkung eingengt. Was Wunder, wenn Skapenjammer an der Verbandzentrale „Sib Berlin“ eingekehrt. Der „Arbeiter“ nimmt bereits die verfolgte Unschuld, findet es „nur zu natürlich“, daß „Sib Berlin“ „den Beifall der Welt nicht finden konnte“ und tröstet sich mit dem Bewußtsein, Teil genommen zu haben „an dem Kampfe der freilebenden Kirche“, „an dem Kampfe für die Wahrheit und das Recht und für das Geiz Gottes“. Als „edle Christen“ mühten die Vertreter des Verbandes „auch an den Verfolgungen teilhaben usw.“ „Sib Berlin“ hat Grund zu elegischem Gefolge, denn dieser neueste Streich hat keine Sache nicht nur weiter gebracht, sondern sie ganz bedeutend verschlechtert. Das eigenmächtige, hinterlistige und unwohlbräufliche Vorgehen bei den alten Gegnern der Verbreitung der Fachabteilungsmänner wachsam gemacht und neue Gegner aufzukaufen geschaffen. Heute revoltiert der anständige Mensch gemeinhin gegen derartige Praktiken, wie sie sich das System „Sib Berlin“ immer wieder herausnimmt. Dieser letzte Streich, den die Berliner ausführt, kann bewirken, daß er wirklich der letzte gewesen ist.

Nach ein paar Worte über das Verhalten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse. Wir haben bereits bemerkt, daß der Jubel über die angebliche „Verwirrung und Auflösung der christlichen Gewerkschaften“ nicht lange anhält. Statt dessen lag die Verwirrung in die Redaktionen der roten Blätter ein. Da gab's Tag um Tag längere Gefächler und ärgerlichere Stimmungen. Es war zum Verstaun. Die christlichen Gewerkschaften bieten fest, die gesamte öffentliche Meinung im katholischen Lager kam auf ihrer Seite. Schon unter 5. Juni verzeichnete die rote Presse mit süß-lauerer Wiene einen Passus aus der „Römer Korrespondenz“ (Richtung „Sib Berlin“), in der es hieß, daß „eine offizielle Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht als bevorstehend zu betrachten sei. Dann kamen die Erklärungen Heiners und deuteten klar den Gang der Entwicklung an. Da kam Verwirrung und Käuflichkeit über die roten Schmöck und es begann ein vorkriegerisches Schöpfen einmal so, einmal so, immer aber grenzenlos dumm und lächerlich. Crit hat es geheißen: Die „Christen“ sind tot, selbstverständlich. Aber sie lebten quieschvergnügt weiter, das sah alle Welt. Dann fing die rote Presse an unücker hin und her zu fadeln und herumjurieren und sich von den Profanen zu nähern, die vom Tische fielen. Endlich kam das Räucherlichte heraus, was die Welt je gesehen: Die roten Blätter brachten Artikel unter der Ueberschrift „Sturm auf gegen den Papst“. Darin rebeten sie tief befummert von einer „großen Respektlosigkeit vor dem Papst als dem Oberhaupt der katholischen Kirche“, dessen sich die christlichen Gewerkschaftler und ihre Freunde schuldig machten. Ein überwältigend spinnisches Bild: Dieselbe sozialdemokratische Presse, die jahraus jahrein Religion, Kirche, Papsttum und Geistesfreiheit mit Gift und Galle überschüttet, wirft sich in die Brust, um den Papst in Schutz zu nehmen gegen die „christlichen Rebellen“ (die man kurz zuvor hohlmangig und schlatternden Kries hingestellt). Zeit die „Vergarbeiterzeitung“, (Nr. 24) wie sie den Giesberts heruntermacht, der „sein geheimer Katholik“ sein will, den Stegerwald, der der „elementarsten Kenntnis des Katechismus“ entbehrt, die einen Katholiken vor einer Herabsetzung der kirchlichen Autorität bewahrt! Zeit, wie ausgerechnet die ruppige „Vergarbeiterzeitung“ sich hinstellt und fromm entristet mit der „Germania“ ausruft: „Kein Mensch, der noch vor dem Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat, wird behaupten wollen, der Papst habe sich durch irrige Informationen zu einer Kundgebung von so umfassender, weittragender Bedeutung drängen lassen“, wie sie großt gegen die Köln-Gladbacher, die sich nicht unterwerfen wollen. Das ist ja alles so süß und so reizend, daß man sich darüber tollachen könnte. Dann der „Korrespondent“ (Nr. 8) für Deutschlands Buchdrucker, wie er sich ehrlich entrüetet über die „offene Auflehnung der Führer der christlichen Gewerkschaften gegen den Willen ihres geistigen Oberhirten“, um damit zu beweisen, daß „ihre religiöse Meinung und ihre Achtung vor kirchlicher Autorität purer Schwindel“ waren. Gört es, ihr Katholiken, der „Korrespondent“ logt, derselbe „Korrespondent“, der seine Weltanschauung als „modernes“ Blatt vom Berliner Tageblatt bezieht, und mit ihm sich allezeit hochmütig moifierte über die dunkel mittelalterlichen, kirchlichen Einrichtungen, er schneidet die schönste Frage und verkündet es hoch und feierlich: „So viel bleibt für jeden wirklichen Katholiken, (wie etwa Wily Krahl!) der sein Christentum nicht nur in der Weltanschauung trägt, bestehen, daß der Papst vom römisch-katholischen Standpunkt aus unbedingt im Recht ist“. Oh, diese armeneligen Brüder! Kein Pferd, nicht einmal ein berlinerisches, fällt auf ihr ekelhaft beudlerisches Gesichtsmähe herein. Die Vernichtung ihres energischsten Gegners ist ihnen an der Nahe vorbeigegangen. Die christlichen Gewerkschaften werden bleiben, selbst wenn sämtliche sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eine Wallfahrt nach Rom machen würden. Aber das eine sei den roten Wäntern auch gelagt: Wenn sie uns nächstens wiederkommen und die bekann- ten Schwindelereien aufkiffen, von der „Unselbstän-

digkeit der christlichen Gewerkschaften“, „Abhängigkeit von der Kirche und Geistesfreiheit“, von den „ultramontanen Gewerkschaften“, dann werden wir ihnen ihr Gefasel der letzten Tage um die Ohren schlagen, daß sie die Engel fingen hören.

Kein Zweifel: Der Sturm ist abgeklagen. Diejenigen, die die christlichen Gewerkschaften zu begraben wähten, werden sie in Zukunft energischer denn je in der Kampfesfront finden. Die Lage haben uns die Zahlen gestrafft. Nun gebt erit recht an die Arbeit! Traut und dran!

Neben den christlichen Gewerkschaften standen in treuer Kampferbrüderlichkeit zur Wehr des „Berliner“ Antikurs die katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Das enge Band, das beide umschloß, wurde durch die Vorgänge der letzten Woche weiter gestiftet. Die Vergrößerung der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der Diözese Bambergen und des Danziger Bezirks erliegen besondere Erklärungen, während in der Diözese Münster sich die Kräfte gegenüber den Berliner Verleumdungen bei ihrem Bischof bekämpften. Auch die katholischen Arbeitervereine Bezirk München, Mainz z. sagten den Berliner hinteren Nachhaken.

Die Vorgänge der letzten Wochen blieben nicht auf die zunächst beteiligten christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands beschränkt, sondern fanden die weitgehende Beachtung im deutschen Volk, insbesondere jenseit der katholische Volksteil in Frage kommt. Die verschiedensten Volksschichten, die sich selber um den Gewerkschaftsireit im katholischen Lager nicht kümmerten, wurden jetzt erst durch die umfangreichen Auseinandersetzungen auf den Kern des Streites aufmerksam gemacht und nahmen fast ausnahmslos Part auf zugunsten der christlichen Gewerkschaften. Christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands, sowie mehr als 90%, aber bedeutenderen katholischen Tageszeitungen haben sich in diesem Kampfe kräftig einmütig zusammengeschlossen. Einzelne Zeitungen, veröffentlichten fast in jeder Nummer spaltenlange Artikel und Zuschriften. Auch in der übrigen Presse hat der Kampf eine außerordentliche Beachtung gefunden.

Aus den vielen vorliegenden Vorkommnissen, die wir unmöglich auch nur im Auszuge wiedergeben können, sei die Zukunft erwähnt, die der künftigen Volksteilung aus Dandwerterkreisen zugun. In derselben wird u. a. ausgedrückt:

„In den jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Erörterungen über den Gewerkschaftsireit ist häufig — und mit Recht — darauf hingewiesen worden, daß man nur den Arbeitern den Zusammenschluß in interprofessionellen Verbänden verweigert, während man die interprofessionellen Organisationen der anderen Erwerbstätigen nicht heranzögert. Was soll ja auch einer der Hauptaufreiter, Grai Cypersdorff, für sich das Recht in Anspruch nehmen, einem interprofessionellen Bannverein vorzuziehen. Auch im Dandwert hat man verächtlichlich schäudernde Verwände gemacht, nach Konfessionen getrennt zu organisieren. Es ist aber meines Wissens bei den Verbänden geblieben. Wie sollte es aber auch mit dem Gesetz in Einklang zu bringen sein, das bekanntlich die Organisationen des Dandwerks in Innungen und Handwerkskammern regelt, wenn man darüber Konfessionelle Schranken aufrichten wollte? Die feierliche Organisationsform im Dandwert ist die Innungsinnung, die auf Antrag durch Wehrheitsbeschlus erwidert wird und der alle Gewerbetreibende des betreffenden Handwerks angehören müssen. Hier kann also unmöglich irgend welche Absonderung stattfinden.“

Tabei haben die Innungen wichtige Aufgaben, die nicht lediglich wirtschaftlicher Natur sind, sondern zum großen Teile auf ethisch-sittlichen und moralischen Gebiete liegen, wie die Pflege des Gemeinwesens und die Aufrechterhaltung und Pflege der Standesehre unter den Innungsmitgliedern. Die Förderung eines geistlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, die Fürsorge für das Berufswohl und die Regelung des Verhältnisses. Diese Aufgaben hat der Gesetzgeber unbedingt den interprofessionellen Innungen zugewiesen, und man hat irgendwas gehört, daß bei der Durchführung dieser Aufgaben ein Dandwert laut geworden sind, obwohl es im Dandwert ein Standesehre in religiös-sittlichen Charakter, wie der Gewerkschaftler sie in den Konfessionellen Arbeitervereinen beibringt, fast überall fehlt. Ja, man darf wirklich keine Logik und keine Gerechtigkeit darin finden, daß man die Arbeiter in der Organisationsfrage mit einem anderen Maßstabe mißt, als wie die Handwerker, die Privatbeamten oder die Bauern.

Im übrigen würde es in vorurteilsfreien Dandwertkreisen auch aus rein materiellen Erwägungen nicht verstanden werden, wenn dem Treiben der Berliner gegen die christlichen Gewerkschaften von irgend einer autoritativen Seite Vorlauf oder Unterstützung geleistet würde. Wir haben im Dandwert alle Hebel, das Erstarren der christlichen Gewerkschaften herbeizuwünschen und zu fördern, sind sie ja doch der einzig wirkliche Schutz gegen die gänzliche Monopolisierung des Arbeitsmarktes durch die sogenannten freien, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften.

„Sib Berlin“ sind Helfer in großer Zahl entstanden. Dieser, die auch „Sib Berlin“ und seine Hintermänner wohl noch zu dem Rufe herauslassen: „Herr, bewahre mich vor ihnen!“ So ziemlich alles, was jenseit der christlichen Weltanschauung steht, tummte ein in das Freudegeschrei: „Das Ende der christlichen Gewerkschaften ist da!“ Insbesondere die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse war es, die sich als Erbe der christlichen Gewerkschaften meldete. Doch sie haben zu früh frohlockt. Zu ihrem eigenen und zum Leidwesen von „Sib Berlin“.

Die christlichen Gewerkschaften leben und werden weiter leben, trotz aller Anfeindungen von rechts und links, nichts wird im Stande sein, sie von dem eingeschlagenen Wege abzubringen.

**Zum Gewerkschaftsireit.**

erläßt der Vorstand des Gesamtverbandes unterm 20. Juni folgende

**Erklärung:**

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat in seiner heutigen Sitzung zu prüfen, ob zur Erreichung etwaiger neuer Maßnahmen und Vorkerungen in Sachen des Gewerkschaftsireites ein außerordentlicher Gewerkschaftsireit einberufen werden solle. Die Beratungen führten zu folgendem einstimmigen Beschlus:

Ein außerordentlicher Gewerkschaftsireit erweist sich mit Rücksicht auf den im Herbst ohnehin stattfindenden ordentlichen Kongress im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen als nicht notwendig.

Der Verbandsaufhebung der katholischen Fachabteilungsbewegung ist auf der ganzen Linie abgelehnt. Nach wie hat sich die öffentliche Meinung so entschieden und so einmütig für unsere Bewegung eingestellt. Nach den letzten Ereignissen stellt den Sonderverbreitungen der Fachabteilungen in Deutschland jedweder Reifungsabgeben. Zu Änderungen an den Grundfäden und der Praxis der christlichen Gewerkschaften liegt keinerlei Veranlassung vor. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterkraft katholischer und evangelischer Konfession sieht wie ein Mann fest in der unerschütterlichen Überzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Die grundsätzlichen Angriffe der Fachabteilungsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsireit erachtet sie in ihren letzten Konsequenzen als Angriffe auf das Wirtschafts- und Verfassungsleben unseres Vaterlandes.

Wir protestieren daher erneut gegen die unablässigen Verdrängungen und Verunwürdigungen, wie sie von der bekannten Presse des In- und Auslandes seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben werden. Ehrenmänner Art ist es nicht, zu unterschreiben, wo die Tatsachen ungeweisheit leben. Wir protestieren vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Gegensatz zu allen anderen Ständen.

Gegen unsere Grundfäden und unsere bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit konnten stichhaltige und tatsächliche Einwände sittlich-religiöser Art, auch nach dem Zeugnisse berufener Instanzen, nicht gebracht werden. Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen deshalb gleich den Organisations aller anderen Stände ihre wirtschaftliche Freiheit und Selbstständigkeit.

Köln, den 19. Juni 1912.

**Der Verband des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**

**Zur Neuordnung der Krankenkassen.**

Nachdem seit dem 1. Januar dieses Jahres die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in Kraft getreten ist, hat sich das Interesse in den an der Durchführung der R.-V.-C. interessierten Kreisen zunächst der Frage der Neuordnung des Krankentassenwesens zugewandt. Noch ist nicht bekannt, wann die Durchführung von der Regierung angeordnet wird; als Termin wird der 1. Juli 1913 genannt. Inzwischen ist unter den Versicherten-Gesetzten und Technikern der Streit entbrannt über die richtige Auslegung des zweiten Buches der R.-V.-C. Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, sondern nur herausstellen, was ist, um den Funktionären und Vertrauensleuten im Lande einige Richtlinien und damit zugleich Anreize auf die Mauerheit hierauf bezüglichen Fragen zu geben. Wir halten uns, soweit das nötig, an den Wortlaut des Gesetzes.

Dieses kennt in Zukunft nur noch Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen. Die letzteren sind eine Neuerung. Die bisherige Gemeindekrankenversicherung fällt in Zukunft fort. Durch Kaiserliche Verordnung wird der Tag bestimmt, bis an welchem die Gemeindekrankenstellen geschlossen sein müssen. Die Landkrankenkassen können als Ersatz für die Gemeindekrankenstellen angesehen werden.

An Stelle der bisherigen gemeinsamen Ortskrankenkassen treten in Zukunft die allgemeinen Ortskrankenkassen. Ueber beide Klassenarten bestimmt § 226 der R.-V.-C., daß sie für örtliche Bezirke errichtet werden, also für den Bezirk eines Versicherungs-Amtes, das ist der Bezirk einer oder mehrerer unteren Verwaltungsbehörden.

Die Frage, inwiefern eine Vermischung der verschiedenen an einem Ort bestehenden Klassen vor sich geben wird oder muß, ist vorläufig noch strittig. In solchen Städten z. B. wo durch Eingemeindung mehrere gemeinsame C.-K.-K. bestehen, liegt ein Teil der Interessenten zu der Ansicht, daß alle diese Klassen zu einer allgemeinen Ortskasse vereinigt werden müßten, während der andere Teil der Ansicht ist, daß diese Klassen auf Grund des § 231 ff. der R.-V.-C. als besondere Ortskrankenkassen fortbestehen können, sofern sie mindestens 250 Mitglieder haben. Dieser Ansicht schließen sich namhafte Versicherungsrechtler und Regierungsbeamte an. Sollte sich diese Ansicht als die richtige erweisen, dann würde die Zentralisation nicht so ein Ausdehnung gewinnen, wie sie manchen Kreisen erwünscht schien. Man wird in dieser Frage die Entscheidung der maßgebenden Stellen abwarten müssen.

Der Ausdruck „Land“-Krankenkassen ermöglicht in Bezug auf den Kreis der Versicherten und den Bezirk der Errichtung einen Trugschlus insofern, als er die Annahme zuläßt, daß die Klassen nur für ländliche Bezirke und Landarbeit in Frage kommen. Dem ist nicht so, denn § 226 der R.-V.-C. sagt: „Witglieder sind die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Diensthoten, die im Handwerks- oder Gewerbe Beschäftigten, die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten.“ Da, wo mindestens 250 Personen als Mitgliedmitglieder in Frage kommen, kann auch in städtischen Bezirken eine Landkrankenkasse errichtet werden. (§ 226 R.-V.-C.) Jedoch kann nach § 229 die Errichtung unterbleiben, wo der Versicherungsausfluß des Versicherungsamtes nach Anhören beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter das Bedürfnis verneint. Von der Errichtung einer Ortskrankenkasse neben einer Landkrankenkasse kann nur Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde abgelehnt werden, wenn die Ortskrankenkasse nicht mindestens 250 Mitgliedmitglieder haben würde. (§ 230) Die Errichtung dieser Klassen erfolgt auf Beschluß der Vertreter des Gemeindeverbandes, also der Stadtverordnetenversammlung, des Gemeinderates oder des Kreistages.

Die Landkrankenkassen müssen gegenüber den Ortskrankenkassen als minderwertig bezeichnet werden. Auch die R.-V.-C.-Kommission war sich dessen bemußt und nur die Rücksicht auf die anders gearteten landwirtschaftlichen Betriebe führte zur Annahme dieser Landkrankenkassen. Die Minderwertigkeit besteht in den geringeren Leistungen und dem Fehlen der Selbstverwaltung. Es ist insofern nicht notwendig, daß die Leistungen geringere sind, sie können vielmehr denen der Ortskrankenkassen gleichwertig sein. Die Höhe der Leistungen wird bei Errichtung der Klasse von den Vertretern des Gemeindeverbandes im Statut festgelegt. Sind diese Vertreter sozial fortgeschritten, dann werden sie die Leistungen über das im Gesetz vorgeschriebene Minimum hinaus ausdehnen. Geht es das nicht, dann hat der Vorstand der Klasse in der Hand die Leistungen durch Vorstandsbeschlus zu erhöhen, bezgl. zu verbessern. In der Praxis dürfte sich die Sache aber in den meisten Fällen anders gestalten. Der Vorstand der Landkrankenkassen wird nämlich nicht, wie bei den Orts-



frankensassen, vom Ausschuss der Generalversammlung, demgemäß, sondern von der Vertretung des Gemeindevorstandes. Ist nun diese Vertretung sozial fortgeschritten, so wird sie zu Vorstandsmitgliedern sozialpolitisch aufgestellte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wählen. Solche Klassen werden ihrer Aufgabe gerecht werden. Trifft die oben angenommene Voraussetzung für die Gemeindevortretung nicht zu und werden bei Errichtung der Klassen im Statut nur die im Gesetz vorgesehene Mindestleistungen festgelegt, dann wird eine solche Gemeindevortretung der Klasse auch einen Vorzug geben, von dem Vertretungen nicht zu erheben sind. In diesen Umständen liegt die Kleinrentenlosigkeit der Landstranfenkassen begründet. Man wird also die Landstranfenkassen nicht generell beseitigen dürfen, sondern die Entlassnahme wird sich nach den jeweiligen Umständen richten müssen. Württemberg und Baden hat von dem § 27 der W. U. O. Gebrauch gemacht, nach welchem die Landesgesetzgebung für das Gebiet oder die Kreisgebiete des Bundesstaats bestimmen kann, daß keine Landstranfenkassen errichtet werden. Versuchen wir zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß hier ein allgemeiner Ausschuss der Landstranfenkassen nicht stattfinden wird.

Betriebsstranfenkassen können in Zukunft nur noch in solchen Betrieben errichtet werden, die auf die Dauer mindestens 150 (früher 50) Versicherungspflichtige beschäftigen. Wo bereits bestehende Betriebsstranfenkassen weiter bestehen wollen, müssen sie mindestens dauernd 100 Mitglieder haben. Für Landstranfenkassen und Betriebsstranfenkassen können Stranfenkassen errichtet werden, wenn für dauernd mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigen. Es ist zu begrüßen, daß die kleinen Klassenbetriebe verschwinden, in denen die Versicherenden zwar nach dem Gesetz dieselben Rechte haben wie in den anderen Klassen, aber in Wirklichkeit meist nur einen sehr geringen Einfluß ausüben auf die Ausgestaltung dieser Klassen.

Das letztere trifft in noch höherem Maße zu auf die Anwartschaften für die Fortsetzung ist von der Gleichwertigkeit der Leistungen mit denen der am Orte wohnenden Christenankersklasse abhängig. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit vieler dieser Klassen unterbunden werden und nicht zum Nachteil für die Arbeiterklasse.

Besondere Aufgaben für die christlich-nationale Arbeitervereine sind vorzüglich noch nicht vorhanden. Das Hauptaugenmerk ist zunächst zu richten auf den Ausbau der zur Durchführung der Wahlen in Frage kommenden Organisationen, die Orts- und Bezirksvereine und die Ausschüsse für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten. Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes verfolgt die ganze Angelegenheit und wird bei notwendigen Aktionen durch Rundschreiben an die Funktionäre der Bewegung herantreten und für diesen Fall heißt es: „Bereit sein ist alles.“

**Unsere „Freunde“ in Düsseldorf.**

Unter der Überschrift „Verlauf der Lohnbewegung in Düsseldorf“ bringt die „Nachzeitung“ in Nr. 23 einen längeren Artikel, mit dem weniger der Zweck verfolgt wird über die Lohnbewegung zu berichten, vielmehr hat der Strichent es darauf abgesehen, sich an unserer Organisation zu reiben. Das Verhalten unseres Verbandes bei den Einigungsverhandlungen dieses Jahr in Frankfurt hat es ihm angetan. Nachdem anfangs der Verlauf der Bewegung am Ort geschildert wird, heißt es darauf wörtlich:

„Unfreundlich ist das Verhalten unserer Kollegen in Christo hier in Düsseldorf. Während man anfangs gut miteinander auskam, fielen die Führer der Christen uns vor den letzten Streikwoge ganz niederträchtig in den Rücken. Was auch der Hauptvorwand der Christen der Veranstalter der christlichen Quartiervereine gewesen sein, so entscheidend ist das Verhalten der christlichen Leitung in Düsseldorf.“

Am Samstag vor der Karwoche redeten die christlichen Arbeiter, Arbeitervereine, Arbeitersekretär „Kollege“ Neuter und andere sich den Mund trocken, um die streikenden Christlichen zur Beendigung des Streiks zu bewegen. Das machten die Herren von der gemeinschaftlichen Lohnkommission, ohne sich mit den Kollegen vom freien Verband irgendwie zu beraten. Dieser Streik ist um so verwerflicher, als der christliche Verband kaum ein Duzend Mitglieder zu unterstützen hatte. Wenn der christliche Dalles wirklich so groß war, so hätte man nach Rücksprache mit uns auch diese letzten christlichen Streikenden noch in tariflich geregelten Geschäften unterbringen können, da dem freien Verband genug offene Stellen gemeldet waren. Aber nein, hinterücks sollte der Streik abgemittelt werden, und beinahe wäre das den christlichen Streikbruchorganisatoren auch geglückt. 35 Mitglieder des christlichen Verbandes stimmten für Aufnahme der Arbeit zu 5 Proz. Lohnsteigerung und 96 dagegen. Nun war also Weiterstreiken von der christlichen Mitgliederversammlung beschlossen. Was machten aber die braven Christenführer? Sie erklärten ohne Weiteres mitten in der Karwoche den Streikenden: „Der Streik ist für uns zu Ende, geht zur Arbeit, wir geben euch keine Unterstützung mehr!“ Daraufhin nahmen einige der christlichen Mitglieder die Arbeit bei Maschinen auf, andere traten entrütert zu unseren Verbänden über. Es gelang zum Glück, die arbeitswilligen Christen wieder zur Fortsetzung des Streiks zu bewegen. Eine Schande der christlichen Arbeiter ist es aber doch.

Wahrlich! Man könnte in diesen Zeiten wohl kaum aufkommengetragen werden. Die christlichen Arbeiter sollen sich den Mund trocken geredet haben, um die Kollegen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen und wie war es bei den „Freien“? Zur selben Zeit als unsere Versammlung stattfand, rebete „Kollege“ auf im Volkshaus in der Versammlung des Deutschen Schneiderverbandes, um die Gewerkschaften ebenfalls zur Arbeitsaufnahme zu bewegen; leider sind wir nicht in der Lage, festzustellen, ob ihm der Mund dabei trocken geworden ist, was aber wohl anzunehmen ist, denn es soll in der Versammlung nach edler Gewissenheit zugegangen sein. Unser Verband hat in der damaligen Situation eine klare Stellung eingenommen, anders der sozialdemokratische Schneiderverband. Hauptvorwand und Hebel des sozialdemokratischen Schneiderverbandes nahmen in Frankfurt die Einigungsbedingungen an, verzögerten sich ehrenrührig für den Frieden und gestatteten nur der Form nach den Mitgliedern eine Zustimmung. Daß die Abstimmung wirklich nur Formsache war, wird am besten durch hervorgehoben, daß der Hauptvorwand der „Freien“ trotz Ablehnung des Einigungsantrages in den Jobstellen zum Verhandeln nach Jena ging. Der Vorstand ging über die Köpfe der Mitglieder hinweg seine eigenen Wege. Die freien Schneider in Düsseldorf waren nicht mehr als eine bürgerlich-pöbelhafte Masse, die ihrem Vorstände und Gauleiter nicht folgten. Wogegen diese Herren zunächst noch ihre eigenen Ähre trugen und uns in Ruhe ließen. Es ist nicht das das schlimmste, daß sich die Führer der freien Schneider in Düsseldorf des Disziplinmangels gegenüber ihres Vorstandes

schuldig machten, und dadurch an der Disziplinierung der Arbeiterbewegung mitarbeiteten. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie sie sich auch 1907 über die Anordnung ihres Vorstandes hinwegsetzten und ohne Genehmigung in den Streik traten. Dieses unverantwortliche Handeln hätte schlimme Folgen für die ganze Düsseldorf Arbeiterklasse haben können, denn der „freie“ Vorstand versagte die Kritik. Den dadurch entstehenden Dalles zu beseitigen, war für die Genossen eine schwere Aufgabe und lange trugen sie an dieser Bürde.

Die Sozialdemokraten behelben immer die christliche Bewegung als bedeutungslos hinzustellen, um aber Ablenkungsmanöver für die Zerfahrenheit im eigenen Lager zu finden, muß die christl. Gewerkschaftsbewegung gehalten. Wir wissen, daß die Bewegung größerer Bewegungen, die sich über das ganze Reich erstreckt, nach vielen Seiten Schwerkraften begegnen. Wollten wir jedoch den Standpunkt des Düsseldorf Arbeiterkreises einnehmen, dann müssen wir sagen: Entweder war es eine Waiskappigkeit der „freien“ Hauptvorstände, der nicht wagte, den Mitgliedern klaren Weis einzuflechten, oder es war eine Hochschamigkeit der „freien“ Ortsgruppen, die ihre Vertreter nach Jena zu den Verhandlungen sandten, wo auch die Düsseldorf Vertreter päntlich eintrafen. Wenn in dem Artikel unsere Abstimmung angeführt wird, so war damit die notwendige Stimmenzahl für ein Weiterstreiken nicht erreicht. Bezüglich der weiteren Anrempelungen brauchen wir nicht Worte zu verlieren, es sind dieses nur Hirngespinnne eines sozialdemokratischen Tadelnagelators.

Der Artikelschreiber verläßt dann die eigentliche Lohnbewegung der Düsseldorf Schneider, um die weitere Galt seines Druckproduktes unserer Gesamtbewegung und dem Vergarbeiterstreik zu widmen. Er schreibt: „In der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat ein schlimmes Schicksal schlimme Früchte getragen. ... Die christlichen Gewerkschaftsführer rüden sich strikte nach den Ratsschlägen rüchtländiger Meiter und den Anforderungen der Partei-führer der Zentrumspartei. Schon vor Monaten bestoh der hohe Rat der Gewerkschaftsschichten, daß die christlichen Gewerkschaften Streiks vermeiden müßten. Wenn die Christen in eine Anzahl Streiks verwickelt wurden, so nur deshalb, weil sie die Bewegungen nicht unphölich in ein anderes Fahrwasser humber düstigen können. ... Mir liegt der Verrat der Christen beim Vergarbeiterstreik. Erst machte man die Lohnbewegung mit, wollte es aber vorläufig nicht zum Streik kommen lassen, anschließend weil man durch den Vergarbeiterstreik nicht die sozialdemokratischen Interessen fördern wollte.“

Hier werden alle Wänschen aus der sozialdemokratischen Parteiesspre in neuer Auflage verzapft. Sie sind schon so oft wiederlegt, daß wir darauf verzichten können. Wöge man für die Behauptungen auch die Beweise bringen. Wenn angeführt wird: Die christlichen Gewerkschaften rüchten sich strikte nach den Ratsschlägen rüchtländiger Meiter, so schilt dafür jeder Beweis. Wir bezeichnen diese Ausführungen so lange als stunde Verleumdung, bis der Beweis erbracht wird. Ferner liegt auch nicht der Schatten eines Beweises dafür vor, daß wir uns nach den Anforderungen der Zentrumspartei rüchten. Zum Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften ist den Genossen jedes Mittel willkommen. Der Vergarbeiterstreik wurde von den Genossen doch nur geführt, um den Gewerkschaften christlicher Vergarbeiter zu schädigen, Voraussetzungen zur Erzeugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die denkbar ungünstigsten. In dankenswerter Weise hat der Genosse Volkmann aus Düsseldorf den Schleier noch mehr gelüftet. Am 1. Mai redete er in Krefeldinghausen-Süd den Genossen angeichts der schlechten Beteiligung an der Reise-feier und des schlechten Versammlungsbefuches Mut zu. „Wenn auch die Schlacht verloren sei, so sei den Genossen bekannt, daß es sich im letzten Streik weniger um die Lohnfrage gehandelt habe. Die Lohnbewegung sei nur lediglich deshalb aufgenommen worden, um Klarheit in der Arbeiterbewegung zu schaffen.“ — Dies besagt genug. Zum Schluß verzet der Verfasser des Artikels den wirtlichen Zweck seiner Ausführungen, indem er schreibt: „Gewerkschaften wie uns also daran, in den christlichen Gewerkschaften nicht Verbündete zu sehen. Die Unorganisierten reißt man öfter mit, stets aber sind sie nichts weiter als einzelne Personen. Christliche Gewerkschaftler aber sind mehr als händige Streikbruchgefahr in Person. Gerade wir in Düsseldorf müssen der christlichen Gefahr durch Aufklärung über das Wesen der christlichen Methoden und die Ziele der modernen Arbeiterbewegung zu begegnen wissen.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihre Führer haben uns niemals als Verbündete angesehen. Kampf den Christlichen! ist ihre Parole von jeher. Wo sie mit uns zusammengehen, tun sie es der Not gehorchend. Schon vor zehn Jahren wurde im Essener sozialdemokr. Gewerkschaftsartikel der Beschluß gefaßt, von Fall zu Fall mit den christlichen Gewerkschaften zusammen vorzugehen, eine passende Gelegenheit würde sich immer finden, die Christlichen an den Fanger zu stellen. Nehmen wir hierzu die Ausführungen eines Gemoll, der sagte: Ein Streik, der 14 Tage dauert und gewonnen wird, ist mir nicht so lieb, wie einer der 14 Wochen dauert und verloren geht, — dann haben wir des Wänsels Lösung für die Taktik der sozialdem. Schneider in Düsseldorf.

Unsere Kollegen wissen, was sie an der christlichen Gewerkschaftsbewegung haben. Bei uns werden die Interessen der Arbeiter in jeder Weise gut vertreten ohne Rücksicht auf politische Nebensache. Die Düsseldorf Arbeiter Mitglieder unseres Verbandes wissen dieses ebenfalls gut zu schätzen. Wenn die „Freien“ versuchen, mit Verächtlichkeiten und Verleumdungen zu arbeiten, so wird es bei uns nur eine gute Wirkung haben. Will der Deutsche Schneiderverband mit Aufklärungsarbeit über die christlichen Gewerkschaften seine Position stärken, dann ist es ein Fingerzeig für uns, hofselbe zu tun und gleichfalls Aufklärung unter die Masse zu tragen.

**„Belle, was helfen mag.“**

Ganze acht Wochen hat Herr Pfeiffer (Wiesbaden) überlegt, was er wohl auf den in Nr. 8 der „Schneider-Zeitung“ erschienenen Bericht „Zum Streik der Rührer Konfektionsarbeiter“ erwidern soll. Unter obiger Überschrift in der letzten Nr. (24) der „Nachzeitung“ kommt jetzt die Erwiderung und bemerkt Pfeiffer einleitend: daß sie sich erst vorgenommen hätten, überhaupt nicht zu antworten, da sie es dem Artikelschreiber nicht verdenken könnten: seine Mitglieder von dem Verhalten des christlichen Verbandes bei der Jahreshauptversammlung abzulernen, desweiteren: — und daß sie für unseren Verband unabweisbare Folgen haben — weil sie die „Schneider-Zeitung“ nicht mehr als Gewerkschaftsorgan betrachten können, da sie fortwährend die sozialdemokratischen Gewerkschaften verleumdete und die eigenen Kollegen bekämpfte.“ Das wäre allerdings ein bequemer Standpunkt gewesen, eine Arbeit, die wenig

Schweiß verursacht. Offen gelassen: hatten auch wir nach acht Wochen keine Antwort mehr erachtet und glaubten, Pfeiffer möge es bei dieser Gelegenheit machen wie vor rund einem Jahr, als die „Schneider-Zeitung“ einen so starken Terrorismusfall der Wiesbadener „freien“ Damen-schneider der Firma Wabarath behandelte. Oder war dies auch nur eine Verleumdung der „Schneider-Zeitung“ und desredenen Herr Pfeiffer so tapfer schwieg? Was in der „Schneider-Zeitung“ steht, kann jeder lesen, denn es ist nicht hoch, kann drauf reagieren. Jedenfalls ist dies ein offener Kampf. Wer aber nicht kann, der ist gezwungen, sie zu ignorieren und dies war in Wiesbaden der Fall. Deshalb Herr Pfeiffer ist Dein Stolz — wenn auch noch so gezwungen — gar nicht angebracht. Jemand, der als verantwortlicher Leiter einer Zeitschrift nicht den Mut hat, bei solchen Fällen, die sicherlich das Tageslicht zu scheuen haben, offen Rede und Antwort zu geben, nichts zu geben will, nichts verteidigen oder abdammen kann, der sollte sich hüten, bei einem sachlich referierenden Bericht über eine litigstehende Lohnbewegung in Ermangelung anderer Gründe der „Schneider-Zeitung“ „einige Verleumdung“ vorzuerfieren.

Daß Pfeiffer über die wesentlichsten Punkte der Bewegung, die wir kritisch beleuchteten, hinweggeleit und sich an Kleinigkeiten flammert, kennzeichnet zur Genüge seinen Ertrag in der „Nachzeitung“ als Verlegenheitsprodukt.

Wir halten in dem Artikel geschrieben, daß das Resultat im Ganzen nicht als erfreulich bezeichnet werden könne und begründeten dies folgendermaßen: Erstens sei es verkehrt gewesen, nur eine Stadt herauszugreifen und mit der in der Mehrzahl Neuorganisierten loszugreifen; zweitens die Folge davon war, daß die Konfektionäre es ablehnten, eine Schneiderorganisation als die Interessensvertretung der Zukünftigen anzuerkennen und ihren Willen auch durchzusetzen; drittens in dieser Situation die Zukünftigen wurden, einem Vertrag zuzustimmen, der ein Jahr länger läuft als der allem. Konfektionschneiderartik u. fünfens durch vorstehendem das Verhältnis für die Schneider und Schneider der anderen Tarifstädte ein unklares geworden sei. Weiter teilten wir die direkten Lohnzulagen mit, die für diejenigen, die über 30 Mt. Wochenlohn hatten und hierbei kommen die Hälfte in Frage, 2 bis 3/4, und die unter 30 Mt. 5/4, betragen und begründeten neten dies, weil für 4 Jahre bindend, als zu gering. Pfeiffer ist anschließend derselben Ansicht, denn über diese Feststellungen verliert er kein Wort. Weil er von 60 an der Lohnbewegung beteiligten Zukünftigen 2 mehr erhielt, als vorliegend verzeichnet, baut Pfeiffer hierauf seinen ganzen Gegenbericht. Wenn aber Pfeiffer weiterspricht:

„Das obige Urteil von i. b. über die Erfolge ist um so verwerflicher, weil mit i. b. eine Aussage haltungsfähig hatte, und er ganz genau weiß, daß es uns hauptsächlich darum zu tun war, die dies erklärlichen Wäns, wie sie oben geschildert sind, abzuschaffen, und ein solches Aufschmeißen sicher nicht würdig sind, was uns auch gelungen ist.“

so begriffe ich tatsächlich nicht, wo man eine solche dreiste unwahre Behauptung in die Welt setzen kann. Abgesehen davon, daß zur Eringung eines Minimallohns es doch nicht notwendig wäre, einen fünfmaligen Tarifzuwachs einzuräumen, und diese Beschlossenheit geradezu rühmend ist, ist es eine pfiffige und triffige unwehre Darstellung. Pfeiffer schreibt in selbst zu Anfang seines Artikels, daß unsere Behauptung: wir seien vollständig im Unklaren über die Bewegung gelassen worden, stimme, sie würden es auch in Zukunft so machen. Also kein, Herr Pfeiffer! erst als der Streik fast drei Wochen dauerte und die Arbeiter für drei Tage später die Aussetzung androhten, waren wir dies erste mal zusammen. Ob Du nun bei dieser Gelegenheit, wo es galt, Deine so heimlich insigernierte und schon von Geburt an trankte Bewegung, die für die Konfektions-schneider die schlimmsten Folgen haben konnte, auf tragend eine Art aus der Welt zu schaffen. Daß Du diese bedenklichen Wänsche äußertest, mag ja sein. Wenn ja, entnimmst tue ich mich dessen nicht, glaubst Du doch wohl selbst nicht, daß sie jemand ernst nehmen würde. Wer somit verwerflich handelte, ist jemand anders; ich am Spiegel und Du kennst ihn.

J. Weder.

**Katholische Fachabteilungen und Tarifverträge.**

Schon oft wurden die christlichen Gewerkschaften von den Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine „Sich Berlin“ schäme als wie die Sozialdemokraten hingestellt. Alles mögliche sollen wir verbrotten haben und sollen Schuld daran sein, daß die Fachabteilungen von den Tarifabschlüssen ausgeschlossen wurden.

Als in diesem Frühjahr dieselben bei den Frankfurter Verhandlungen abgewiesen wurden, hat man unseren Verband verächtlich und ihm Terrorismusgeschichten angehängen. In Frankfurt a. M. waren es die Berliner Herren Johann Götz und R. Dreßler, welche für die Anerkennung ihrer Organisation eintraten. Johann Götz von Beruf Bauarbeiter und R. Dreßler, Mühenmacher, sind sicherlich seine Autoritäten für die Tarifbewegung im Schneidergewerbe und deshalb waren sie in Frankfurt a. M. am wenigsten dazu geeignet Lohnstrafe mitzubekommen. Der „Wab“ hat, jedenfalls in der Meinung es mit Hochzeiten zu tun zu haben, die auch wirklich 3000 Mitglieder vertreten, gegen die Zulassung der Fachabteilungsvertreter nichts einzuwenden gehabt. Ob der „Wab“ für die Zukunft eine andere Stellung in dieser Angelegenheit einnimmt, ist seine Sache. Jedenfalls schließt man keine Tarifverträge für das Schneidergewerbe, die viele hunderte Positionen enthalten, mit beliebigen Nichtaduten ab.

In Frankfurt sagte Herr Götz: „In der Bekleidungsbranche haben wir circa 3000 Mitglieder. Nach Nr. 23 „Der Arbeiter“ vom 2. Juni 1912 werden 3187 angegeben. Dieses sind nun aber nicht alle Mitglieder der Berufs-fach-abteilungen, sondern den Arbeitervereinen gehören insgesamt 3187 aus der Bekleidungsbranche an. Der Bekleidungsbranche werden aber die Kürschner, Mühenmacher, Schuhmacher usw. zugezählt, die bei einem Tarifabschluß für das Schneidergewerbe direkt ausweisen. Die Arbeitervereine sich Berlin sind dann zu einem erheblichen Prozentsatz auf dem Lande und in Kleinstädten vertreten, wo die Schneidermeister, soweit sie katholisch sind, wohl alle dem Arbeiterverein angehören. Auch in Großstädten sind eine



ganze Anzahl Schneidermeister, die seit Jahr und Tag nur für Kunden arbeiten Mitglied und kommen deshalb auch nicht in Betracht. Sodann sind trotz der Feste, die man gegen uns treibt, eine ganze Anzahl bei uns gemeinschaftlich organisiert. Schließlich ist es feststehende Tatsache, daß von den wirklichen Fachabteilungsmitgliedern, welche Schneider sind, nur wenig in der Maßbranche beschäftigt werden. In ihrer Metropole Breslau haben sie höchstens 6-8 und daß auch nur in den 3. u. 4. Klassen Geschäften.

Aus diesen Darlegungen geht zur Genüge hervor, daß es mit der fortwährenden Prüfung der großen Mitgliederzahl nichts ist. Alles in allem sind höchstens 100-120 Maßschneider in der wirklichen Fachabteilung, die sich fast über das ganze Reich erstreckt, um mit Herrn Gögge zu sprechen, organisiert. Daß diese Zahl, welche sich noch auf die verschiedenen Orte gesplittet, keinerlei Einfluß auf die Gestaltung der Lohnartikelfrage, weder bei der Einführung, noch bei der Aufrechterhaltung derselben, ausüben kann, ist selbstverständlich und deshalb fallen alle Kombinationen in sich zusammen.

**Berichtigung.**

In dem Artikel „Unseren Gegnern ins Stammbuch“ in Nr. 10 der Schneider-Zeitung ist uns leider ein Irrtum unterlaufen, den wir hiermit berichtigen. Auf Seite 47, zweite Spalte, meinte Teile von oben, ist statt „am 12. April“ am 11. April zu lesen.

**Die Redaktionen.**

Zu dem oben erwähnten Artikel erhielten wir vom Gauleiter Fußls des sozialdemokratischen Schneiderverbandes eine Berichtigung folgenden Wortlautes:

„In Nr. 10 Ihres Blattes vom 18. Mai 1912 heißt es in einem Artikel „Unseren Gegnern ins Stammbuch“, daß ich in einer öffentlichen Versammlung am 12. April 1907 unter anderem gesagt hätte: „Es läge auch zweifelslos ein großer Fehler des Vorstandes vor.“ — Hierzu bemerke ich erstens: daß am 12. April eine öffentliche Versammlung nicht stattgefunden, sondern höchstens eine Zusammenkunft der Ausgesperrten — und zweitens: habe ich die Worte auch dem Sinne nach nicht gebraucht.“

**Wichtiges Wort Fußls.**

Wir sind dem Wunsch des Genossen Fußls nachgekommen und haben seiner Zufuhrit Raum gegeben, können unsere Vermutung aber nicht unterdrücken, daß uns erst im Jahre 1912, wo wir nur wiederholten, was uns bereits 1907 geschrieben, eine Berichtigung zugeht und nicht auch schon damals. Für fünf Jahre und eine lange Zeit, und da mag sich Genoss Fußls bei Abfassung seiner Berichtigung gedacht haben, wie es den „Christen“ schwer fallen, den Beweis für ihre Behauptung zu führen. Herr Fußls, Sie haben falsch spekuliert, denn wir hatten auch heute noch aufrecht, was Sie vor fünf Jahren gesagt haben. Hier der Beweis: In der Nr. 84 der „Reinischen Zeitung“ vom Freitag, den 12. April 1907 befindet sich auf Seite 3, Spalte 2 unter „Gewerkschaftliches“ mit der Überschrift „Der Kampf im Schneidergewerbe“ ein Bericht von einer am 11. April (nicht 12. April, wie es irrtümlich in unserem Artikel heißt) im großen Saale des (sozialdemokratischen) Volkshauses stattgefundenen öffentlichen Schneiderversammlung, die Stellung nehmen sollte zu den zwischen dem Zentralvorstand der Arbeitgeber und Gehilfenorganisation getroffenen Friedensbedingungen. Der Bericht sagt: „An Stelle des Vorsitzenden des christlichen Verbandes referierte Fußls vom freien Schneiderverband, der zunächst einen kurzen Rückblick gab über die Ursachen und den Verlauf der Ausperrung. ...“ Zentralvorstandes bekannt, wonach in den einzelnen Orten zuerst die Arbeit aufgenommen und dann erst in Verhandlungen zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten werden soll. (Auch in der „Reinischen Zeitung“ geperft). Dieses Vorkommen des (sozialdemokratischen D. N.) Zentralvorstandes habe überall böses Blut erregt. Es läge auch zweifelslos ein Fehler des Vorstandes vor. ...“

So der Bericht in der soziald. Ab. Hg., am 12. April 1907 den Genoss Fußls nicht berichtigt hat. Herr Fußls wird ja die Gründe kennen, daß er heute nicht mehr wahr haben will, was er vor fünf Jahren gesagt hat. Ein Sprüchwort sagt: „Die Zeiten ändern sich“, es gibt aber auch Menschen die sich ändern, wenn sie es in bestimmten Fällen für gut finden.

**Verbandsnachrichten.**

Mitglieder! wahr! Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstände befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verliert.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 26. Wochenbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

**Bekanntmachung.**

Der Arbeitgeberverband gibt uns in einem Schreiben vom 11. Juni bekannt, daß folgende Ortsgruppen aus dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe ausgeschieden sind: Allenstein, Baden-Baden, Coblenz, Eisenach, Elbing, Garmeln, Han.-Minden, Hagen, Leipzig II, Marienwerder, Ohligs-Wald-Merscheid, Saarbrücken, Solgawedel, Uelzen.

An den genannten Orten besteht demnach mit dem Arbeitgeberverband kein Vertragsverhältnis mehr, jedoch bleiben die Tarifverträge für die betr. Orte noch wie vor bestehen.

Der Zentralvorstand.  
J. A. A. Schwarzmann.

**Aus den Zahlstellen.**

**Breslau.** Der zweite Lokalbeamte des „freien“ Verbandes, ein gewisser Herr Langer, der seit April d. J. seinen jetzigen Posten inne hat, hat wohl von seiner Ortsverwaltung den Auftrag bekommen, den Beschäftigten nachweis zu erbringen, der darin besteht, die Mitglieder anderer Organisationen zum sozialdemokratischen Verband herüber zu ziehen. Langer ist in der Woche vom 10. - 15. Juni bei einer Reihe größerer Zwischenmeister, die Mitglieder unseres Verbandes sind, gewesen, und hat seine Missionserfolg durchzuführen wollen. Jedoch ohne Erfolg. Unsere Mitglieder waren ihm genug auf die von ihm vorgebrachte „Laderei“ nicht eingegangen. — Und er und seine Organisation sind alles, die anderen sind nichts; das ist gewissermaßen der Ton, den er in der Agitation einschlägt. Bei einem kritischen und sachlichen Menschen kommt er damit nicht durch. Bei den Zwischenmeistern ist er bereits abgeblüht. Bei seiner fanatisch veranlagten Natur sieht man aber zu erwarten, daß er noch weiter Mitglieder unseres Verbandes in vorerwähntem Sinne belästigt, deshalb wollen wir hierdurch allen mitteilen, mit wem sie es zu tun haben. — Was Langer zu seinem Lokalbeamten-Posten nach Breslau getrieben hat, bleibt ein Rätsel, jedenfalls steht es fest, daß er in Liegnitz über 5 Jahre die Stelle eines Haushalters inne hatte. Und von so einem Menschen soll man sich umtrampeln lassen? Für sein rigorisches und schönes Handeln verdient er, daß ihm bedeutet wird, schleunigst die Türe des Hauses zu verlassen.

**Duisburg.** Von einem großen Fall, wie mitunter Kollegen von Zuschneidern behandelt werden, zeugt folgendes Vorkommnis, welches mir der Kollegenchaft in deren eigenem Interesse nicht vorzuenthalten wollen. Wegen einer ganz geringfügigen Sache — es handelte sich um die vom Zuschneider der Firma Gerg und Vogel, Herrn Singerlum gewünschte und von ihm beantragte Breite eines Salforsens unterhalb der Knopflöhre, die nur durch weiteres Anspannen des so schon dreimal gestülpten Besehens zu erzielen war, — kam es zwischen dem Zuschneider und einem Mitgliede unseres Verbandes zu Differenzen. Obwohl der als ruhig und anständig bekannte Kollege in ruhiger und anständiger Form den Zuschneider darauf aufmerksam machte, daß das Besehen doch besser aussehe, wenn es etwas schlanker sei als mit so vielen Stücken, fürchte sich der Zuschneider an diesem vernünftigen Einwand nicht, vielmehr ließ er sich — bei, nebenbei bemerkt, den betr. Arbeiter an Körpergröße um das Doppelte übertrag — zu Täuschlichkeiten hinreißen, die er auch mit einer wahren Flut von Schimpfwörtern begleitete, die man in dem Region eines gebildeten Mannes in der Regel vergebens sucht. Damit nicht genug, Herr Singerlum fand es noch für angebracht, seinen Tätlichkeiten und Beleidigungen die sofortige Entlassung des Kollegen unter der Bedingung der polizeilichen Entfernung folgen zu lassen. Wir empfinden dem Herrn Singerlum angelegentlich das Studium von „Kunige's Umgang mit Menschen“. Das Weiter überlassen wir dem Urteil der Kollegen und der strafrichterlichen Entscheidung die bereits angedroht ist.

**Liegnitz.** Nachdem der Kampf in der Herrenmaßbranche beendet, sei uns gestattet einen kleinen Rückblick auch über unsere Zahlstelle zu tun. Ganz gegen die Prophezeiungen der Arbeitgeber ist das Geschäft nicht zurückgegangen, sondern war im allgemeinen ein guter Geschäftstag zu bezeichnen. Der Kampf selbst wurde beiderseits mit besonderer Bähigkeit bis zu Ende geführt, auch trat unter den hiesigen Schneidern eine besondere Einmütigkeit bei Austragung dieses Kampfes zu Tage. Und so war es uns möglich in Jena einen Tarif abzuschließen, der für Liegnitz einen bedeutenden Schritt nach vornwärts bedeutet. Neben Vergebung der größten Firma am Ort aus der 2. Tarifklasse in die 1. und Lohnzusatztag bei schwachen Sachen und Ofen von 12%, bei den übrigen Sachen von 7 1/2%. Nur wenige Artikel der Unparteilichkeit fielen für die Gehilfen annehmbar so günstig aus. Allerdings soll auch nicht vergessen werden, daß eben ein solcher Erfolg nicht denkbar war, wenn die hiesigen Löhne nicht wirklich ungünstige waren und andererseits das Organisationsverhältnis ein schlechteres war. Leider mußten wir bei einigen Kollegen, die nicht in unsere Reihen zu bringen sich wieder die traurige Erfahrung machen, daß ihr Verbleiben der Mitgliedschaft in unserem Verband gegebenes Versprechen, im gegebenen Fall uns keine Konkurrenz zu machen, da sie ja genug eigene Konkurrenz besitzen — nicht hielt. Und das ist uns auch hier sehr fernerzettel Zug und Trug war. Wir wollen und das für fernerehin merken: Erstens ist der Ständestützel bei den folgenden Meistern schon zu groß, um sich nachfolgend zu den Arbeitern zu schlagen und zweitens hat man wohl für alles andere Geld übrig, nur nicht für den so überaus nötigen Verbandsbeitrag. Wenn diese „Auchkollegen“ auch noch so oft erklären, es auch ohne Streitunterstützung aushalten zu können — was nicht ist, wenn sie in einigen Tagen sich schon die Arbeit holen, ja die alle Hände muß auch hier noch herhalten: man läßt sich noch mehr in die Tasche um damit die Tat zu entschuldigen und sagt, was wohl? Ich bekomme ja mehr als Ihr wollt. Selbst wenn dieses mal wahr wäre ist es doch wohl jedermann klar, daß dem Chef es in solchen Fällen vor allen Dingen auf den Augenblickserfolg ankommt, dauernd in der fraglichen Höhe zu entlohnen fällt ihm meistens nicht ein; da brauchte er ja nur abzuschließen und der Streit wäre zu Ende. Für einen „Kausreißer“ kann man wohl darüber gehend einen guten Preis zahlen. Daß nun aber die Kollegen der Konfektionsbranche nicht zu kurz kommen, gilt es nunmehr ihre Löhne auszufüllen und den letzten Mann heranzuziehen, damit es uns auch hier möglich wird eine entsprechende Besserung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Branche zu erreichen. Doch wir bedauern sehr, daß es hierfür nötigenfalls noch die volle Strohlast besitzen, werden müß. Gegner noch frühzeitig genug erfahren können. Die Behauptung des „Konfektionär“, daß die Gewölben der Konfektionsbranche in der Maßbranche vertreibt werden, ist für uns von vornherein nichts anderes als eines jener faulernen Mittel gewesen, mit welchen man die Unkenntnis in unsere Reihen zu tragen beliebt. An uns ist es, solche Versuche von vornherein zu verhindern zu machen.

Unsere Zahlstelle selbst ist im dauernden Aufwärtstreiben. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 85 und laut letzter Quartalsabrechnung betrug der Markenerlauf im 1. Quartal 1912 1250 Stück.

Alles in allem genommen können wir bei solchen Verhältnissen wohl mit Recht sagen, daß unser Verband den Wert der Organisation erkannt haben und mit ihrer Führung in den wirtschaftlichen Kämpfen voll und ganz einverstanden sind, anders wären solche Erfolge kaum denkbar.

**Obernburg.** In der am 17. Juni stattgefundenen sehr gut besuchten Mitgliederversammlung wurde die Frage betr. Reichstärki behandelt. Kollege Rehtleiter referierte

über dieses Thema und veranschaulichte an praktischen Beispielen die in voriger Versammlung schon gemachten Vorschläge. Unter anderem wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Hauptvorstände erneut an die Schaffung eines Tarif-Schemas für die Uniform-Schneideri heranzuziehen. Was den „paritätischen“ Arbeitsnachweis als Bedingung eines Reichstärkis anbelangt, sprach sich Rehtleiter dahin aus, daß der „Paritätische“ nicht als Bestandteil eines Reichstärkis angesehen werden darf. Erfahrungen zeigen uns, wie „paritätisch“ diese Art Arbeitsnachweise gehandhabt werden. Ohne auf die Vordrucker hinzuweisen hätten wir am Ort schon Erfahrungen in dieser Richtung. Die Mitglieder des „freien“ Verbandes gebärden sich schon lange, als sie die „Recht“ hätten die Arbeit zu vergeben, und werden Arbeiter die Firmen einzustellen habe. Nur zu häufig wurde und wird noch damit agitiert und zu unsern Kollegen gesagt: „Wenn du übertrittst in den „freien“ Verband, dann kannst du überall Arbeit bekommen.“ Es sind diese Annahmen, die jedem Redner selbst widersprechen. Das Recht auf Arbeit hat ein Jeder selbst, wenn er berichtigt „frei“ organisiert zu sein. Wir werden dementsprechend die Forderung des Rechtes auf Arbeit nicht fallen lassen. Bleibt dann bei den Verhandlungen des Reichstärkis auch der Punkt „Arbeitsnachweis“ auf der Tagesordnung dann wird unsere Kontrolle ihren alten Antrag wieder einbringen. Es bei dieser Gelegenheit bei der D. V. Generalkonferenz dem Vieswerden des „freien“ Verbandes Stand hält, läßt sich angesichts der jüngsten Vorgänge nicht behaupten. Will er dem Stand entgegen, wird er nicht umhin können, unsere Stellungnahme zu der Zeitigen zu machen. Bei der Schaffung eines Reichstärkis kann es sich nicht darum handeln Sonderinteressen nur zu Gunsten eines Vertreters wahrzunehmen, sondern es soll dem Gesamtinteresse, dem ganzen Gewerbe dienen. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung. Kollege Ugel und Martin stellten diesbezügliche Fragen, welche vom Referenten sofort beantwortet wurden. Zu Punkt Agitation wurde das Verhalten des Gegners näher gekennzeichnet und dementsprechende Anweisungen gegeben. Nachdem der Gegner es nicht nachlassen kann bei unseren Mitgliedern seine Organisation als die bessere Ware anzubieten, werden wir in Zukunft den Weg zu finden wissen, wo „frei“ organisierte Kollegen wohnen, um diese für uns zu gewinnen. Verschiedene Kollegen meineten sich freiwillig zu dieser Agitation. Zum letzten Punkt wurde der neuesten Aktion der Herren von „Eig Berlin“ gedacht. Kollege Rehtleiter schilderte zunächst die Entstehung, das Wesen und die Arbeiten der „Berliner“, sowie deren Misserfolge, ging dann zur Beurteilung unserer Bewegung über. Die bisherige absolute Neutralität sowohl den politischen Parteien wie den verschiedenen Konfessionen gegenübervermag allein entsprechende Ständearbeit zu leisten, wie es bisher die christliche Gewerkschaftsbewegung geübt hätte und zu bezeichnen haben. Nichts vermag uns zu trennen, ob Katholik oder Protestant, wir reichen uns in den Reihen der christlichen Gewerkschaften zueinander. Der gepredigte Weisfall bewies, daß den Zuhörern aus dem Vortage gesprochen war.

Nachdem noch einige Mitteilungen gemacht wurden und die Kollegen aufgefordert unsere 60 Mitglieder zählende Ortsgruppe weiter zu stärken, erfolgte Schluß der imposant verlaufenen Versammlung.

**Rundschau.**

**Christlicher Gewerkschaftstages.** Der achte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands findet am 1. Oktober und die folgenden Tage in Dresden statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. 2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart; b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik. 3. Staatsangehörige und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortsvereine in den christlichen Gewerkschaften. 5. Das Arbeitsrecht. 6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge. 7. Das Schieds- und Einigungsverfahren. 8. Die Wohnungsfrage. 9. Erledigung von Anträgen.

**Soziale Wahlen.** Am Sonnabend fanden in Kellinghausen die Wählerwahlen zum städtischen Gemeinderat statt. In die Wählerliste waren 506 Personen eingetragen, gegen 354 bei der Wahl 1910. Ihr Wahlrecht haben 312 Arbeitnehmer ausgeübt. Auf die christlich-nationalen Liste entfielen 186 Stimmen (1910: 138). Auf die Liste der „freien“ Gewerkschaften entfielen 126 Stimmen (37). Der größere Stimmenzuwachs bei letzteren kommt daher, weil sich dieses Jahr die „freien“, Vordrucker an der Wahl beteiligten.

**Sozial-wissenschaftlicher Ausbildungskursus** für christlich-nationale Arbeiter, veranstaltet von der freien kirchlich-sozialen Konferenz in Wiesfeld. Der Kursus beginnt am 11. August und dauert bis zum 7. September. Ausführliche Programme versendet das Generalsekretariat der Freien kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin, N. W. 87, Tite Wardenbergstr. 28, wohn auch Anmeldungen zu richten sind.

**Das sozialdemokratische Regenergericht** war in Solingen wieder in Aktion. „Angeklagt“ war der Stadteroberne Schütz aus Ohligs, Geschäftsführer des Industriearbeiterverbandes der Beschäftigten in der dem Zustand der Arbeiterverband nicht minnichte, Leute zum Weiterarbeiten bewegt und den Fabrikanten Arbeiter vermittelt zu haben. Das Agitationskomitee, das die Weiber stellte, lehnte den Ausschlußantrag ab, und zwar nicht „juristischen“ Gründen — dem Ortsverein Ohligs steht nicht das Recht zu, einen Ausschlußantrag zu stellen, doch sei nur die Kreisorganisation berechtigt — wie auch aus sachlichen Gründen, die Beschuldigungen seien nicht genügend bewiesen. Aus diesem Grunde sei auch die heikle Frage, ob der Industriearbeiterverband Streikbruch verübt habe, ungeprüft gelassen.

Ein trauriges Schauspiel, ein beschämendes, wenn wir uns erinnern, wie wir gegen unwissenschaftlichen Sinn und Bewußtlosigkeit in die Schranken treten; das ganze nur erklärlich und teilweise entschuldigbar durch die Unannehmlichkeiten Abnunglosigkeit über die Konsequenzen bei denen, die diesen Scheiterhaufen errichtet haben.“

In dem Schiedspruch sei klipp und klar gesagt, daß die Freiheit wissenschaftlicher Forschung dem Vortragsprogramm gegenüber nicht bestehe, daß die Übertragung programmwidriger Lehren wegen ausgeschlossen werden mußte.

„E. dieses mußte! Wie unglückliche Male habe ich dieses Wort in anderen Prozeßen gegen Genossen gehört aber aus dem Munde derer, die wir gewöhnlich die Träger der Klassenjustiz nennen. Und immer hat es mich bis ins Innerste empört. Nein und dreimal nein! Niemand muß ehrliebe Überzeugungsmaßnahmen. Dies Wort ist nicht als das Sandbrot, worin Pontius Pilatus sich weigern zu lassen sucht, ein Mittel, sich vor sich selber zu entschuldigen... Ich frage noch einmal: Wie könnten wir, wenn diese Grundzüge bei uns herrschend würden, die furchtbare und ständige Arbeiterverfolgung bekämpfen? Dieser Kennzeichnung der Partei der Arbeiter durch einen Wappstein brauchen wir nichts anzufügen, das würde nur die Wirkung abschwächen.“

Fachtechnisches.

Aus Mitgliederkreisen ist schon wiederholt der Wunsch geäußert worden, dem Inhalt der Schneider-Zeitung einen fachtechnischen Teil anzufügen. Ein schon einmal gemachter diesbezüglicher Versuch konnte nicht in dem Sinne durchgeführt werden, wie es Mitglieder und Verbandsleitung wünschten, weil es nicht gelungen ist, geeignete Mitarbeiter zu gewinnen.

Nachdem sich nun die Modeakademie Rückert in Nürnberg in entgegenkommender Weise zur Mitarbeit am Fachtechnischen Teil bereit erklärt hat und weitere Mitarbeiter in Aussicht stehen, können wir nunmehr den Wünschen unserer Mitglieder auch nach der Richtung hin entsprechen. Wir möchten jedoch nicht verfehlen, dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß uns auch aus Mitgliederkreisen, worunter sich manches gute Talent befindet, Mitarbeiter erstehen, denn je vielseitiger wir den Fachtechnischen Teil zu gestalten in der Lage sind, desto Nutzungsgewinn wird er für die Gesamtmitgliedschaft werden.

In jeder zweiten Nummer der Schneider-Zeitung bringen wir einen Artikel über das Zuschneiden und Bearbeiten der Herren- und Damengarderobe mit entsprechenden Zeichnungen und dürfte es für jeden Leser von besonderem Wert sein, diese Artikel zu sammeln, da dieselben alsdann ein geschlossenes Ganzes bilden, das zur fachtechnischen Fortbildung und zum Nachschlagen manchem sehr gute Dienste leisten dürfte.

„Moderne Zuschneidekunst“.

Von der Modeakademie Rückert Nürnberg.

Nachdruck verboten!

Bevor unsere Zuschneidesysteme von heute zu der Höhe gelangen konnten, auf welcher sich dieselben gegenwärtig befinden, mußte der grübelnde Geist zahlreicher Köpfe durch Erfindung von Neuheiten und Verbesserungen das Alte zu höherer Brauchbarkeit umformen, und dieses fortwährende Verbessern wird wohl bis in die weiteste Zukunft andauern. Zur Herstellung der menschlichen Bekleidung werden Verfahren entstehen, von denen wir uns heute kaum einen Begriff zu machen vermögen. Das erste Zuschneidesystem, bei welchem nach einer festgelegten Methode verfahren wurde, ist seit ca. 100 Jahren bekannt. Der lange Zeitraum hat der Fachwelt unzählige Erfindungen gebracht, so daß das Schneiderhandwerk heute auf einer unerreichten Höhe steht, aber der jüngeren Generation des Schneiderhandwerks, welche heute in allen Teilen eine gründlichere Ausbildung für den Lebensweg erhält, dürfte es vorbehalten sein, unser Fach auf jene höheren Stufen zu bringen. — Wenn wir nun das Ergebnis all der erfindenden Neuheiten im Zuschneidewesen, — die heutigen modernen Zuschneidesysteme — einer Kritik unterwerfen, was zeigt sich uns da?

Die Beantwortung dieser Frage bedingt vorherige Begründung. Die Theorie des Zuschneidens zerfällt in zwei Teile: Erstens das Maßnehmen und zweitens das Schnittzeichnen. Das Ausschneiden des Stoffes und die Anprobe sind Teile der Praxis.

Das Fundament, auf welchem ein Schnittmodell „aufgebaut“ wird, sind die Körpermaße und die erste Bedingung, ein gutes Schnittmodell zu erlangen, ist deshalb korrektes Maßnehmen. Die Maße ganz richtig an einem Menschen abnehmen zu können ist sehr schwer, da man es mit einem Körper zu tun hat, der lebt, atmet, sich bewegt und jede Figur immer wieder anders geformt ist. Hieraus

erklärt sich auch das Bestreben einzelner Fachleute, mit Hilfe von Vorrichtungen und Apparaten, an dem in fortwährender Bewegung sich befindenden Körper, feste Anhaltspunkte zu schaffen, von welchen man die Körperhaltungs- und Bauartmaße mit Sicherheit abnehmen kann.

Trotz mancher theoretisch schön durchdachten Erfindung ist es bis heute nicht gelungen, eine Vorrichtung zu schaffen, welche absolute Sicherheit und Zuverlässigkeit im Maßnehmen aufweist, im Gegenteil, diese Apparate sind neben ihrer Unsicherheit auch noch umständlicher in der Handhabung, als das gewöhnliche Zentimeterband. Uebrigens brauchen wir nach einem Beweis nicht lange suchen: wenn wir uns umschauen in der Fachwelt, welche in Mitte der Praxis steht, finden wir da bei einem Meister oder einer Schneiderin, die schon längere Zeit praktisch tätig sind, Apparate zum Maßnehmen in Verwendung? Nirgends! Kurze Zeit wurde so ein Ding vielleicht mit negativem Erfolge benützt und dann wurde es zum „Nimmerwiederholen“ an den Nagel gehängt.

Es messen fast alle Fachgenossen ausschließlich mit dem Zentimeterband (daß in einzelnen Ländern andere Maßeinteilung vorhanden ist, berührt uns hier nicht, es ist doch das gleiche Verfahren.) Man verwendet also ein einheitliches Hilfsmittel zur Ausmessung! Und welche Maße werden bei den verschiedenen Systemen angewendet? Fast durch die Bank die gleichen! Es sind dies: Oberweite, Unterweite, Tailllänge, Rückenlänge, Armlöchertiefe und Rückenbreite. Wenn auch da und dort ein Maß mehr oder weniger gemessen wird, so ändert dies nichts an der Sache. Die Grundmaße sind bei allen gleich.

Und nun zum zweiten Teil: das Schnittzeichnen. Vom theoretischen Standpunkt aus gesehen, handelt es sich bei dem Entwerfen eines Schnittmodells, um „die Oberfläche des Körpers in die Ebene zu zeichnen.“ Die Hilfsmittel, die verwendet werden, sind überall die gleichen: Maßband, Winkel und Lineal. Die Linienstellung, die Berechnungen und Maßanlagen sind sehr verschiedene, das Ergebnis aber ist fast überall das gleiche, es dient ja auch dem gleichen Zweck! Wir können uns überzeugen, wenn wir nach mehreren Schnittzeichnungsverfahren Modelle entwerfen und diese aufeinanderlegen. Hier finden wir dann, daß kein großer Unterschied ist, es mag wohl z. B. bei dem einen Rücken die Achselnaht 1 cm höher als bei dem andern liegen, es sind dies jedoch unwesentliche Punkte, denn diese könnten mit Leichtigkeit ausgeglichen werden, wenn man wollte. Es sind dies Sachen des Geschmacks. Uebrigens ergeben sich auch andere Formen dann, wenn zwei nach demselben Verfahren, nach demselben Maß ein Modell aufstellen! Jedes ist anders!

Gemeinsam jedoch ist allen Zuschneide-Verfahren, daß bei der Anprobe, da und dort noch etwas nachgeholfen werden muß, wenn es auch noch so unbedeutend wäre. Hier und da hört man freilich „Stichworte“ wie „Ohne jede Anprobe tadelloser Sitz!“ „Eitel Plunker!“ Wer nur ein wenig praktische Erfahrung besitzt, dürfte darüber hinaus sein an ein derartiges System gegenwärtig glauben zu können. Aber ausgeschlossen ist es nicht, daß die Zukunft es bringt, wir jedoch werden es wohl kaum erleben! Und so wie das Zuschneidewesen von heute liegt, kann von „Original-Systeme“ keine Rede mehr sein, denn eines ist aus dem anderen hervorgegangen, es wurde fortwährend verbessert. Einer nahm die Idee des Andern mit auf, nur wendet er es anders an und dadurch entstand die große Anzahl verschiedener Verfahren. Die in diesen kundgegebenen Ansichten, Ideen und Zusammenstellungen haben der Fachwelt sicher keinen Nachteil gebracht, im Gegenteil, gerade diesem Umstande verdankt die Fachwelt die hohe Brauchbarkeit der Systeme!

Wohl tauchen immer wieder Zuschneide-Akademien auf, die von Personen geleitet werden, die manchmal gar keine Fachleute sind: diese von den guten Schulen unterscheiden zu können, dürfte dem Schneider nicht schwer fallen. Sie treten meist mit pompöser Reklame auf, existieren jedoch nur kurze Zeit.

Jene deutschen Lehranstalten jedoch, welche durch ihr System und Unterricht bei der Fachwelt sich Anklang zu verschaffen wußten, bieten heute vielleicht mehr als London und Paris. Hauptsächlich wird neben der Erlernung eines Systems Wert auf die Lehre der praktischen Anwendung desselben gelegt. Bei der Erlernung eines Systems kommt es viel auf die Auffassung und Ausführung desselben an.

Neben dem Talent und Schönheitssinn des Schülers spielt eine Hauptrolle die Anpassungsfähigkeit des betreffenden Lehrers. Ein System mag noch so vorzüglich ausgearbeitet sein und der Lehrer desselben hat nicht die Gabe, dasselbe auf seine Schüler in allen Einzelheiten richtig zu übertragen, indem er jeden Einzelnen seinem

Auffassungsvermögen entsprechend behandelt, so wird das beste System nicht zu seinem Recht gelangen. Fest steht, daß ein Mißerfolg heute nur durch den Schiller oder Lehrer selbst möglich ist, nicht aber durch ein System der Neuzeit.

Adressenänderung.

Bonn. Reiseunterstützung wird bei Kollege A. Freise, Hofenthal 57/1 ausbezahlt. Berlin. Vorsitzender ist Kollege Joseph Dirnberger, Lotunstraße 15, bei Robe. Gelsenkirchen. Vorsitzender ist Kollege Heinrich Käß, Bochumerstraße 71. Leipzig. Vorsitzender Paul Gabel verzoogen von Friedrichstraße 3 nach Auguststraße 19/1. Kiffingen. Vorsitzender ist Eugen Reibach, Turmstraße 11.

Briefkasten.

Nach Danzig. Die Ausführungen Retikles in Nr. 2 des „Berichtblätter“ 3. Spalte oben, monach den 1907 in Althausenburg treffenden Konfektionsarbeitern von dritter Seite zugewandte Naturalien seitens der Verbandsleitung auf die Streikunterstützung angedreht worden sein sollen, entbehren jeder Grundlage. Nicht nur, daß den Kollegen nichts angedreht wurde, erhielten bedürftige Kollegen über die Unterstützung hinaus noch Reisegeldzuschüsse. Die Ausführungen Retikles sind daher als nichts anderes, als eine Agitationslüge zu bewerten und werden auch von jedem anhängigen Kollegen als solche beurteilt. Gruß A. Schwarzmann.

Bei dem Versandt der letzten Zeitungsnummer ist unvorhergesehener Weise eine Verzögerung eingetreten, was einige Kollegen zu Beschwerden veranlaßte. Die Ursache liegt in einer technischen Veränderung in der Druckerei (Aufstellen einer Segmaschine) die eine Verzögerung in der Drucklegung mit sich brachte. Dies diene zu unserer Entschuldigung. Die Redaktion.

Arbeitsnachweis.

Großhändler-Schneider für bessere Konfektion finden dauernd lohnende Beschäftigung auf unseren modern eingerichteten Teils- und Großhändlerstätten. Dreifuss & Lehmann, Herrenkleiderfabrik Stuttgart, Hansa-Platz.

Einen Lagschneider

wenn auch verheiratet bei hohem Lohn und dauernder Stelle, sowie einen Kleinführer sucht Josef Böhmert Bremerhaven, Schmidstraße 63.

Bei dem unterzeichneten Kommando wird zum Herbst d. Js. noch ein

zweijährig-Freiwilliger Schneider

eingestellt. Junge Leute, möglichst solche, welche bereits in Uniformarbeiten gearbeitet haben, wollen sich unter Vorlage eines Lebenslaufes, Lebenslaufes und etwaiger Zeugnisse umgehend melden.

Wohnum, den 17. Juni 1912. Bezirkskommando I.

Herren-Schneider

welche Lust haben, sich selbständig zu machen, finden reichliche dauernde Unterstützung und werden eingerichtet durch größere Herren- und Damenkleiderfabrik. Bedingung: Reiner Grundbesitz oder etwas Ersparnisse. Off. unt. F. 2318, Heinz Eisler Annoncen-Expediton, Berlin S. W. 45.

Verbandsmitglieder! Meldet Euch im Falle der Abreise bei der Ortsverwaltung ab und an Euren neuen Aufenthaltsort an.

Zugereifte Mitglieder! Erkundigt Euch vor Arbeitsannahme bei der Ortsverwaltung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ihr bewahrt Euch dadurch in vielen Fällen vor Schaden.

Advertisement for 'Inserate' (advertisements) with pricing and contact information.

Das Spezial-behrbuch

Die Kunst des Herrenschnitts

zum Selbstunterricht enthält das vollkommenste Hosen-Zuschneide-System der Gegenwart, welches durch mehr als 80 Zeichnungen, für alle Bein- und Körperformationen, auf das ausführlichste erläutert ist, auch für sämtliche Sporthosen und Breeches. Preis incl. Porto und Nachnahme 5.- Mk.

Für die Vortrefflichkeit meines Original-Hosen-Zuschneide-System spricht allein die Tatsache, daß dasselbe von skrupellosen Leuten, die mein System in unrechter Weise erlernt haben, nachgeahmt und als ihr Original-System und geistiges Eigentum anempfohlen und ausgebeutet wird.

Mein neues

Lehrbuch:

für den Oberkörper, in welchem die Aufstellung der Rücke, Fracks, Saccos, Westen und Paletots etc. für alle Weiten- und Größenverhältnisse auf das ausführlichste erläutert wird, kostet nur 5 Mk. incl. Porto und Nachnahme.

Beide Bücher sind zu beziehen durch die

Logo and name of Schneider-Akademie, Erste Wiener, J. Kumpen, BERLIN, SW. 48, Friedrichstr. 15.

Erstklassige Lehranstalt für zeitgemäße, fachwissenschaftliche Ausbildung im Zuschneiden der gesamten Herren- und Damengarderobe (Tailor made), an welcher jeder Schüler sowohl in Tag- als auch in Abendkursen nur einzeln unterrichtet und je nach seiner Individualität so lange angeleitet wird, bis er das Selbstbewußtsein des eigenen Könnens erlangt hat. — Kursusbeginn jederzeit nach vorheriger Anmeldung.

Spezialität: Ganz vorzüglich sitzende und engl. Damenschneiderei.

Schnittmuster

für alle Zwecke der mod. Herren- Prospekt vollständig kostenlos.

Herr C. B. Nürnberg schreibt vom 7. 6. 1912:

Das letztgenannte Schnittmuster für starke Dame hat grossartigen Sitz und Chick, kann mich nach dem mehrmaligen Gebrauch der von Ihnen bezogenen Schnittmuster immer nur lobend und anerkannt aussprechen.



